

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1776

der Abgeordneten Birgit Bessin (AfD-Fraktion) und Volker Nothing (AfD-Fraktion)

Drucksache 7/4926

Psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen vor und während der Coronapandemie

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragesteller: Das Universitätsklinikum Essen machte kürzlich im Rahmen einer Studie auf die alarmierende seelische Verfassung von Kindern und Jugendlichen aufmerksam, die sich im Zuge der Coronamaßnahmen entwickelt hat.¹ Hierbei wurde nachgewiesen, dass im Verlauf des zweiten Lockdowns zwischen März und Mai 2021 deutschlandweit zwischen 450 und 500 Kinder nach einer versuchten Selbsttötung intensivmedizinisch betreut werden mussten. Dies entspricht einer Verdreifachung der Suizidversuche im Vergleich zu Vor-Corona-Zeiten bzw. einer Vervierfachung im Vergleich zum ersten Lockdown. Aussagen der Landesregierung zufolge werden Daten zu versuchten Selbsttötungen nicht erhoben. So heißt es in der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 1531 (Drucksache 7/4332): „Es können somit Aussagen über vollendete Suizide getätigt werden, nicht aber über Suizidversuche. Es existiert kein ICD-10-Code ausschließlich für Suizidversuche, daher können diese auch aus anderen Quellen nicht dargestellt werden.“

Vorbemerkung der Landesregierung: Zu Fragen der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen vor und während der Corona-Pandemie wurden jüngst die parlamentarischen Anfragen „Situation von Kindern und Jugendlichen in Brandenburg: Suizidalität, psychische Erkrankungen, Missbrauchsfälle“ (Kleine Anfrage Nr. 1531, AfD-Fraktion) und „Entwicklung der versuchten und vollendeten Suizide von Kindern und Jugendlichen im Land Brandenburg“ (Mündliche Anfrage Nr. 866, AfD-Fraktion) beantwortet. Auf die Drucksache 7/4332 (ausgegeben am 11. Oktober 2021) und die schriftliche Beantwortung des MSGIV der Mündlichen Anfrage 866 vom 19. Januar 2022 wird verwiesen.

In der Presse ist Anfang Januar 2022 über vorläufige Ergebnisse einer Studie von Intensivmedizinern des Essener Universitätsklinikums zu Suizidversuchen unter Kindern und Jugendlichen am Ende des Lockdowns berichtet worden. An der Studie beteiligten sich deutschlandweit 27 Kinderintensivstationen. Sie verzeichneten von Mitte März bis Ende Mai 2021 93 Suizidversuche bei Kindern und Jugendlichen. Das waren etwa viermal so viele wie im gleichen Zeitraum im Jahr davor, und rund dreimal so viele wie 2019, im Frühjahr vor der Pandemie.

¹ Vgl. „Die Leiden der jungen Seelen“, in: <https://www.welt.de/gesundheit/plus236223320/Lockdown-und-Suizide-Studie-aus-Essen-zeigt-Leiden-junger-Seelen.html> (21.12.2021), abgerufen am 16.01.2022.

Die Studienverantwortlichen rechneten die 93 Fälle hoch auf die Gesamtzahl der Betten, die es laut Intensivregister der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) auf Kinderintensivstationen bundesweit gibt. Sie kamen auf 450 bis 500 Suizidversuche im Frühjahr 2021.

Die Studie ist noch nicht veröffentlicht und wird gegenwärtig in einem gängigen Peer Review-Verfahren zur Bewertung der wissenschaftlichen Güte durch eine unabhängige interdisziplinär aufgestellte Kommission geprüft.

Es ist nicht bekannt, ob Brandenburger Kinderintensivkliniken an der Datenerhebung beteiligt waren.

In der Presseberichterstattung wird auf mögliche Schwachstellen und Unschärfen der Studie auch durch den Studienleiter selbst hingewiesen. Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie macht für eine Interpretation der vorläufigen Studienergebnisse darauf aufmerksam, dass zu klären ist, wie die Suizidabsicht der eingelieferten Kinder und Jugendlichen überprüft wurde und ob dafür auch kinder- und jugendpsychiatrische Expertise eingeholt wurde.

1. Wie positioniert sich die Landesregierung zu den Ergebnissen der Essener Studie?
2. Geben die Erkenntnisse der Essener Studie für die Landesregierung einen Anlass, selbst Daten darüber zu erheben?
 - a) Wenn ja, wann?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Bitte ausführlich begründen.

Zu Frage 1 und 2: Da zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine schriftlichen Studienergebnisse des Universitätsklinikums Essen veröffentlicht sind, ist eine Auswertung und eine Bewertung der Studie aktuell nicht möglich.

Die Anzahl von Suiziden unter Kindern und Jugendlichen werden in der Todesursachenstatistik vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erfasst. Im Altersbereich der Kinder war im Jahr 2020 im Vergleich zu den Jahren 2018 und 2019 kein Fall in der Altersgruppe der Kinder bis 14 Jahre zu verzeichnen, das entspricht einem Rückgang um 1. Im Altersbereich der Jugendlichen in der Altersgruppe von 15 bis 19 Jahren ist eine Zunahme von einem Fall festzustellen. In der Summe der Suizide unter Kindern und Jugendlichen liegen die Zahlen seit 2017 konstant bei 3.

3. Bis wann kann damit gerechnet werden, dass die Landesregierung eklatante Wissenslücken, wie z. B. die im Sinne der Vorbemerkung, schließt und dem Landtag ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung der starken psychischen Belastungen für Kinder und Jugendliche durch die Corona-Lockdownpolitik (mit eventuell folgenden Suizidversuchen) vorlegt?

Zu Frage 3: Die Landesregierung hat verschiedene Datenerhebungen zur körperlichen und seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Auftrag gegeben. Ferner werden amtliche Daten der Kinder- und Jugenddienste der Gesundheitsämter ausgewertet.

Die Ergebnisse der Replikation der COPSY-Studie „Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen“ für das Land Brandenburg werden im 2. Quartal 2022 erwartet. Es wurden 11 bis 17-jährige Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern im Zeitraum Dezember 2021 bis Januar 2022 befragt. Die Brandenburger Daten sollen im Verhältnis zu der Bundesbefragung betrachtet werden.

Die Studie „Kinder und Jugendgesundheit in Brandenburg – Ergebnisse der HBSC-Gesundheitsstudie im Auftrag der WHO“ wird auf Initiative des MSGIV, des MBSJ und der AOK Nordost durchgeführt und im Jahr 2023 veröffentlicht. Erste Ergebnisse werden Ende 2022 vorliegen. Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg führt die repräsentative schriftliche Befragung auf Grundlage des Fragebogens zur internationalen Längsschnittstudie „Health Behaviour in School-Aged Children“ (HBSC) bei Brandenburger Schülerinnen und Schüler der 5., 7. und 9. Klassen durch und wertet die Daten aus. Vergleichsdaten aus der vorhergehenden Befragung 2018 können für Entwicklungsaussagen herangezogen werden. Ein zusätzlicher Schwerpunkt wird in der Erhebungswelle 2022 auf die Veränderung der gesundheitlichen Situation von Kindern und Jugendlichen vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie gelegt.

Es liegen aktuelle Längsschnittergebnisse der Studie „Substanzkonsum bei Jugendlichen – Ergebnisse der fünften Welle der Befragung Brandenburger Jugendliche und Substanzkonsum (BJS5)“ vor. Problematischer Substanzkonsum von legalen und illegalen Drogen steht mit psychischen Auffälligkeiten im Zusammenhang. Die Ergebnisse der Erhebung aus dem Schuljahr 2020/2021 im Vergleich zum Schuljahr 2016/2017 zeigen bei allen Substanzen, Zigaretten, Alkohol, Haschisch/Marihuana, Ecstasy/Kokain/Heroin/LSD und Amphetamine einen Rückgang des Konsums. Lediglich bei stimmungsbeeinflussenden Medikamenten ist ein leichter Anstieg um 2 % zu verzeichnen.

Der körperliche und seelische Gesundheitszustand von Kleinkindern (30 bis 42 Monate), Einschülerinnen und Einschülern und Schulabgängerinnen und Schulabgängern im Land Brandenburg wird bei den jährlichen Untersuchungen der Kinder- und Jugendgesundheitsdienste der Gesundheitsämter des Landes Brandenburg erfasst. Die Kinder und Jugendlichen werden dabei auch auf psychische Auffälligkeiten wie beispielsweise emotionale-soziale Störungen hin untersucht. Bei auffälligen Befunden werden Empfehlungen zur weiteren psychotherapeutischen oder psychiatrischen Klärung gegeben. Die durch das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit jährlich aggregierten Daten werden in Kürze für das Jahr 2020 veröffentlicht und sukzessive fortgeschrieben (<https://gesundheitsplattform.brandenburg.de/#/>).

Auf der Grundlage des Beschlusses des Landtages „Kindeswohl im Blick behalten, Kindergesundheit schützen“ (Drucksache 7/3548-B) vom 20. Mai 2021 haben sich die Vereinbarungspartner der Landesrahmenvereinbarung zur Umsetzung der nationalen Präventionsstrategie gemäß § 20f SGB V zum Ziel gesetzt, die Coronafolgen für die körperliche und seelische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen genau zu analysieren, in einem breit angelegten Diskurs zu erörtern und gemeinsame Schlussfolgerungen sowie Maßnahmen abzuleiten.

Bei der brandenburgweiten digitalen Fachtagung „Kindeswohl im Blick“ am 19. November 2021 und am 10. Dezember 2021 fanden Erkenntnisse und Erfahrungen der verschiedenen Gesundheitsexpertinnen und -experten im Land Befassung.

4. Laut einem Bericht der *Lausitzer Rundschau* sind Termine zur Diagnose und Behandlung für Kinder und Erwachsene unter Umständen erst nach vielen Monaten zu bekommen.²

Wie gestaltete sich die Lage der Wartezeiten in den einzelnen Einrichtungen innerhalb der letzten zehn Jahre? Bitte nach Landkreisen, einzelnen Praxen und Einrichtungen sowie deren Kapazitäten aufschlüsseln.

Zu Frage 4: Zum regionalen Versorgungsgrad mit Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und –therapeuten (KJPT) und der Vermittlung von Terminen über die Terminservicestelle der Kassenärztlichen Vereinigung wird auf die Beantwortung der Frage 10 der KA 1553 verwiesen.

Zu Wartezeiten für die Diagnose und Behandlung von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen liegen keine amtlichen Daten vor. Aggregierte Daten zuständiger Sozialversicherungsträger liegen bundesweit noch nicht vor.

5. Wie viele Kinder und Jugendliche wurden in den Jahren 2020 und 2021 erstmals zur Behandlung psychischer Erkrankungen aufgenommen? Bitte jeweils nach Landkreisen, kreisfreien Städten, nach Geschlecht und Altersgruppen (6-12 Jahre, 13-16 Jahre und 17-21 Jahre) aufschlüsseln.
6. Wie viele Kinder und Jugendliche mussten in den Jahren 2020 und 2021 nach einer bereits erfolgreichen Therapie abermals behandelt werden? Bitte jeweils nach Landkreisen, kreisfreien Städten, nach Geschlecht und Altersgruppen (6-12 Jahre, 13-16 Jahre und 17-21 Jahre) aufschlüsseln.

Zu Frage 5 und 6: Für die Berichtsjahre 2020 und 2021 liegen der Landesregierung noch keine Daten der Krankenhausdiagnosestatistik vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg vor. Die Diagnosedaten der Krankenhausstatistik für das Berichtsjahr 2020 werden voraussichtlich im ersten Quartal 2022 verfügbar sein. Die Diagnosedaten für den Zeitraum von 2006 bis 2019 wurden für die Kleine Anfrage Nr. 1531 aufbereitet.

7. Wie viele Kinder und Jugendliche müssen derzeit aus Kapazitätsgründen auf einen Behandlungstermin warten? Bitte jeweils nach Landkreisen, kreisfreien Städten, nach Geschlecht und Altersgruppen (6-12 Jahre, 13-16 Jahre und 17-21 Jahre) aufschlüsseln.

Zu Frage 7: Es wird auf die Beantwortung der Frage 4 verwiesen.

² Vgl. „Psyche und Skelett spielen in Elbe-Elster immer weniger mit“, in: <https://www.lr-online.de/lausitz/elster-werda/dak-gesundheitsreport-2021-psyche-und-skelett-spielen-in-elbe-elster-immer-weniger-mit-61745561.html> (02.01.2022), abgerufen am 16.01.2022.

8. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach äußerte Zweifel am Zusammenhang zwischen dem Anstieg von Suizidversuchen bei Kindern und den Lockdown-Maßnahmen während der Coronapandemie.³
Wie bewertet die Landesregierung diese Aussage?
9. Falls die Landesregierung den Ausführungen des Bundesgesundheitsministers zustimmt, welche Gründe sieht sie dann für den starken Anstieg an Suizidversuchen bei Kindern als ursächlich an?

Zu Frage 8 und zu Frage 9: Es wurden keine Aussagen des Bundesgesundheitsministers gegenüber den Gesundheitsministerien der Länder zu der Entwicklung von Suizidversuchen und einem möglichen Zusammenhang mit den Lockdown-Maßnahmen getroffen. Presseberichterstattungen über Aussagen des Bundesgesundheitsministers in einer Talkshow werden durch die Landesregierung nicht kommentiert.

³ Vgl. „Kritik an Lauterbach – ‚Respektlos und welfremd, Leid der Kinder kleinzureden‘“, in: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus236205324/Suizidversuche-Minderjaehriger-Scharfe-Kritik-an-Lauterbach-Aeusserung.html> (13.01.2022), abgerufen am 17.01.2022.